
Der Übergang der ehemaligen Ostblockländer zur Marktwirtschaft*

Růžena Vintrová

Die mittel- und osteuropäischen Länder haben mehr als vier Jahrzehnte im Rahmen der ökonomisch rückständigen autarken RGW-Gemeinschaft, von der Weltarbeitsteilung separiert und ohne Kontakt mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt des höchstentwickeltesten Teils der Welt hinter sich. Bei absoluter Verstaatlichung der Wirtschaft hat das bürokratische direktive System der planmäßigen Zentrallleitung die Innovationsstimuli des Marktes gedämpft und gestört und so zur uneffektiven Vergeudung von Ressourcen geführt.

Der Zusammenbruch des alten politischen Machtsystems hat die Entstehung der demokratischen pluralistischen Gesellschaft ermöglicht. Gleichzeitig wurde eindeutig die Frage des Übergangs zu der in den übrigen Weltteilen bewährten und funktionierenden Marktwirtschaft gestellt. Die politische und ökonomische Form dieser Gesellschaft fängt allmählich an, sich unter stürmischen Diskussionen und geistiger Gärung zu gestalten. Das Bestreben, an alles, was im Weltmaßstab seine Lebensfähigkeit bewiesen und sich vor allem in der europäischen Tradition der letzten fünfzig Jahre bewährt hatte, anzuknüpfen, ist jedoch offensichtlich. Eine bloße Rückkehr gibt es nicht.

Bevor wir zur Behandlung der offenen, mit dieser neuen historischen Situation ohne Präzedenz verbundenen Probleme übergehen, soll in aller Kürze die wirtschaftliche Ausgangsposition gegen den Hintergrund eines längerfristigen Horizonts charakterisiert werden. Es handelt sich um das Erbe der vorherigen Entwicklung, mit dem die Ostblockländer fertig werden müssen und welches das Herangehen an die Einführung der Marktwirtschaft beeinflusst.

* Vortrag gehalten auf der Neujahrstagung des Arbeitskreises Dr. Benedikt Kautsky im Jänner 1991 in Bad Mitterndorf

1. Das Zurückbleiben des Strukturwandels – Zusammenhang mit der Rohstoff- und Energieintensität und der ökologischen Belastung der Region

Das die Planerfüllung der Produktionsvolumina ohne Berücksichtigung des Aufwandes stimulierende direkte System der Leitung hat Hand in Hand mit der einseitigen Bevorzugung der Entwicklung der Schwerindustrie zu hoher Rohstoff-, Material- und Energieintensität der Produktion, zu starken Deformationen der Produktionsstruktur und zu übermäßiger ökologischer Schädigung der Region geführt. Dadurch ist in Mitteleuropa auf dem Gebiet der damaligen DDR, der ČSFR und Polens das bekannte „schwarze Dreieck“ entstanden. In der ČSFR betragen die SO_2 -Emissionen jährlich fast 3 Millionen Tonnen, die NO_x -Emissionen über 1 Million Tonnen.

Die meßbare Schwefelablagerung je km^2 betrug in der Mitte der achtziger Jahre 5,3 t (davon 2,6 t aus ausländischen Quellen), d. h. daß sie die zweithöchste nach der ehemaligen DDR (6,3 t) und etwa doppelt so hoch wie in der benachbarten BRD (2,9 t) und in Österreich (2,5 t) war. Die meßbare NO_x -Ablagerung hat 1,0 t je km^2 (davon 0,81 t von ausländischen Quellen) ausgemacht und befand sich damit auf der dritten Stelle nach der DDR (2,22 t) und Österreich (1,01 t)¹.

Zwischen den erwähnten Phänomenen der hohen Energie- und Materialintensität der Produktion, den langsam vor sich gehenden Änderungen der Produktionsstruktur und der ökologischen Belastung der Region existiert eine enge Wechselbeziehung.

Die in den entwickelten Ökonomien in der Nachkriegsperiode im Zusammenhang mit der Anwendung neuer Technologien vor sich gehenden strukturellen Verschiebungen wurden vor allem durch die Änderungen der Preisrelationen infolge der beiden Erdölschocks beschleunigt. Es kam zum teilweisen „Trendbruch“ der Rohstoff- und Energieintensität der Produktion. In den Ostblockländern waren jedoch diese mit der Intellektualisierung und Informatisierung der Produktion, mit der schnellen Entwicklung der Dienstleistungssphäre (der Tertiärisierung der Produktion) verbundenen Änderungen stark rückständig. Infolgedessen werden auch diese Ökonomien durch die Krise im Persischen Golf bedeutend schwerer betroffen.

Das Tempo der Senkung der Material- und Energieintensität der Produktion erreichte in den Ostblockländern in den siebziger und achtziger Jahren kaum die Hälfte desjenigen der entwickelten Länder. Das Ergebnis ist die gegenwärtig etwa doppelte Grundstoff- und Energieintensität des Bruttoinlandprodukts (siehe Tabellen 1 und 2).

Die im Prognostischen Institut der ČSAV durchgeführten Untersuchungen weisen darauf hin, daß etwa die Hälfte der Differenz in der Materialintensität des BIP mit den höheren „technischen Koeffizienten“ in den einzelnen Zweigen der materiellen Produktion zusammenhängt. Die zweite Hälfte wird durch die unzureichende Entwicklungsstufe der Dienstleistungen, die niedrige „Tertiärisierung“ der Wirtschaft (der Anteil der Werkstätigen im tertiären Sektor beträgt in der ČSFR etwa 40

Prozent, und ähnliches gilt auch für die übrigen RGW-Länder, während er in den entwickelten Marktwirtschaften über 60 Prozent ausmacht) verursacht. Auch der Gesamtanteil der Industrie ist – vor allem in der ehemaligen DDR und in der ČSFR – überdimensioniert; in der ČSFR beträgt er, gemessen an der Zahl der Werktätigen, 38 Prozent, in den entwickelten vergleichbaren Marktwirtschaften dagegen 25 Prozent, wobei der Anteil der Schwerindustrie einschließlich des schweren Maschinenbaus etwa doppelt so hoch ist – 18 Prozent gegen 9 Prozent². Mit diesem Faktor sollte die Strategie des Übergangs der Ostblockländer zur Marktwirtschaft rechnen. Die „Milderung“ der bestehenden Belastung, die Anwendung höherwertiger Produktionen in der Verarbeitungsindustrie und den Dienstleistungen, die Intellektualisierung der Produktion unter Ausnutzung der vorhandenen Voraussetzungen relativ gebildeter und anpassungsfähiger qualifizierter Arbeitskräfte stellt zugleich die Lösung der ökologischen Situation Mitteleuropas dar. Und hier bedürfen die osteuropäischen Länder der Hilfe und des Verständnisses seitens ihrer Partner und Nachbarn.

Die Suche nach „komparativen Vorteilen“ bei der weiteren Ausnutzung der überdimensionierten Sektoren – also dessen, wofür auf den ersten Blick gewisse Voraussetzungen vorhanden sind, weil die Stadien der Primärerzeugung und die Herstellung von Standarderzeugnissen „beherrscht werden“, wäre – zumindest vom ökologischen Standpunkt aus – kurzfristig. Die Breite der gestellten Probleme deutet an, daß zusätzliche Reinigungsanlagen keine zufriedenstellende Lösung bieten können.

Dies zeigt sich deutlich nach der Verbindung der beiden deutschen Staaten. Diejenigen, die „im Osten“ zu investieren beabsichtigen, stoßen an die Barriere der Unzulässigkeit einer weiteren ökologischen Belastung dieser Region (so zeigen z. B. die Untersuchungen der Greenpeace-Bewegung an der Elbe, daß aus der ehemaligen DDR nach Westdeutschland eine solche Menge von Chemikalien fließt, die jährlich 6000 Wagons füllen würde). Die westdeutschen Unternehmer sind auch nicht bereit, für die geschädigte Gesundheit der Werktätigen in der chemischen Industrie als anhaltende Folge des unzureichenden Gesundheitsschutzes in der ehemaligen DDR die Verantwortung zu übernehmen.

Die Gefahr, daß die Länder des ehemaligen Ostblocks den nur wenig bearbeitete Rohstoffe und Halberzeugnisse, deren Herstellung die Umwelt stark belasten würde, produzierenden „Hinterhof“ des integrierten Europas darstellen könnten, ist beim Übergang zur Marktwirtschaft sehr reell. Die Marktsignale vermögen bekanntlich die längerfristigen ökologischen Aspekte der gesellschaftlichen Entwicklung nicht zu erfassen.

Das sich durch langfristige komparative Vorteile auszeichnende Pendant der existierenden Produktionsstruktur sollte unter den Marktbedingungen mit neuen Preisrelationen durch eine beschleunigte Restrukturierung und Modernisierung gelöst werden. Zu einer marktkonformen Lösung sollte gleichfalls eine zielbewußte, die Marktsignale in denjenigen Fällen ergänzende Wirtschaftsstrategie beitragen, in denen diese unfähig sind, die breiteren ökologischen und sozial-politischen Wechselbeziehungen zu erfassen.

2. Die komparativen Vorteile

Die entscheidende langfristige Voraussetzung der Restrukturierung und Intellektualisierung der Produktion heißt Anpassungsfähigkeit, Qualifikation und Bildungsniveau der Arbeitskräfte. In der vergangenen Periode wurden in dieser Hinsicht allerdings neben einigen günstigen Einflüssen der leichteren Zugänglichkeit der Bildung auch ziemlich große Schäden angerichtet, wobei die Werte der Qualifikation und Arbeitsmoral devastiert wurden. Das allgemeine Niveau der Bildungsbasis ist nichtsdestoweniger im Durchschnitt hoch und mit der Situation in den bis vor kurzem völlig oder teilweise analphabetischen Entwicklungsländern kaum vergleichbar. Eine andere Frage ist allerdings der geringere Anteil der Werkstätigen mit Hochschulbildung an der jungen Generation, die ungenügende Kenntnis der Rechentechnik und dgl. In dieser Hinsicht sind wir stark zurückgeblieben, wobei sich diese ungünstigen Faktoren bei entsprechender Motivation und Stimulierung überwinden lassen. Die Tradition eines hohen allgemeinen Bildungsniveaus erfordert Jahrhunderte.

Wenn auch manche Momente und Probleme der mittel- und osteuropäischen Länder der Situation in der Dritten Welt ähnlich sind (wie z. B. die existierende Exportstruktur mit dem Übergewicht der Rohstoffe und der einfachen Erzeugnisse), ist in den europäischen Ländern ein Umschwung zur höher qualifizierten Produktion besser vorbereitet. Es ist unmöglich, die Lohnansprüche der Werkstätigen auf die Dauer auf einem niedrigen, mit den arbeitsintensiven Produktionen der Entwicklungsländer konkurrenzfähigen Niveau zu halten. Die langfristige Strategie beim Übergang zur Marktwirtschaft ist also, vor allem was die breiteren sozialen Zusammenhänge betrifft (auch wenn manche marktwirtschaftlichen Charakteristiken als vergleichbar erscheinen), keinesfalls mit den Entwicklungsländern mechanisch vergleichbar.

Gegenwärtig stellen allerdings die niedrigeren Lohnkosten sowohl beim Export als auch für die ausländischen Investoren den größten komparativen Vorteil dar. (Anders ist die Situation auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, wo bei einer Lohnumrechnung im Verhältnis 1 : 1 beim Übergang zur einheitlichen Währung eine Aufwertung stattfand, während die übrigen Länder abwerten). So betrug in der letzten Zeit der durchschnittliche Stundenlohn in der ČSFR über 20 CSK. Wenn man die 50 Prozent Lohnabgabe hinzurechnet (die im Jahre 1990 eingeführt wurde und mit der auch nach dem 1. Jänner 1991 gerechnet wird), betragen die vollen Lohnkosten über 30 CSK. Nach einer Umrechnung mit dem der Kaufkraftparität nahen Kurs 5 CSK/DM stellen die Lohnkosten in der ČSFR weniger als $\frac{1}{5}$ derjenigen in der BRD dar. Bei einem Kurs von 12 CSK/DM, der sich dem Reproduktionsaufwand beim Export nähert, stellen sie bloß $\frac{1}{15}$ der Lohnkosten der BRD dar. (Allerdings gehört die BRD in Europa zu den Ländern mit dem höchsten Lohnkostenniveau, vor allem auch wegen des hohen Anteils der „sozialen“ Kosten, die 85 Prozent der Löhne ausmachen). Wenn wir zur Umrechnung den nach der Abwertung der Krone im Oktober 1990 eingeführten Marktkurs (28

CSK/US-Dollar, 18 CSK/DM) anwenden würden, würde sich der Preis der Arbeitskraft in der ČSFR auf der Höhe von $\frac{1}{6}$ bis $\frac{1}{10}$ ihres Preises in den entwickelten Staaten bewegen.

Um diesen Unterschied im Lohnniveau nach der Devaluation zu verdeutlichen, wollen wir einen Vergleich mit der ehemaligen DDR ziehen. Vor der Vereinheitlichung Deutschlands waren sowohl das Niveau des Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukts als auch das Lebensniveau in der ČSFR und der DDR sehr ähnlich. In der ČSFR beträgt der durchschnittliche Monatslohn 3300 CSK, in der DDR war er ca. 1200 DM. Der offizielle Wechselkurs, der sich um 3 CSK/Mark (DDR) bewegte, entsprach dabei etwa der Parität der Kaufkraft der Krone auf der Basis des Warenkorb, so daß der Durchschnittslohn in der DDR mit 3600 CSK bewertet werden konnte. Nach der Vereinheitlichung Deutschlands wurden die Löhne auf dem Gebiet der ehemaligen DDR um 20 bis 30 Prozent erhöht, sodaß sich ihr Niveau um 1500 Mark bewegt. Wenn man den Handelskurs in der Höhe von 18 CSK/Mark benutzt, dann beträgt der durchschnittliche Monatslohn in der ČSFR 180 DM, er bewegt sich also bei $\frac{1}{6}$ des heutigen Lohnniveaus in Ostdeutschland. In einem einzigen Jahr handelt es sich also um einen Rückgang, der bei einer hervorgerufenen Bewegung der Kaufkraftparität der Krone in Richtung zum Wert des devaluierten Währungskurses bei einer Inflation sozial untragbar werden könnte. Eine jähe Abwertung führt zur Wiederherstellung der Konkurrenzfähigkeit auf der Basis einer auf die Dauer sozial untragbaren Verbilligung der Arbeitskraft. Erscheinungen wie brain-drain usw. sind die Folgen davon.

Für die Orientierung ausländischer Investoren ist eine Spezifizierung der erwarteten, sich aus den langfristigen Analysen und Prognosen ergebenden Strukturänderungen von Bedeutung. Im Falle der ČSFR handelt es sich vor allem um eine Erweiterung des tertiären Sektors und die Wende von der Schwerindustrie zur technisch mittelmäßig anspruchsvollen Verarbeitungsindustrie. In der Prognose für die nächsten zwanzig Jahre werden diese Änderungen als mögliche Erhöhung des Anteils des tertiären Sektors (entsprechend der Beschäftigung) von 40 auf 55 bis 60 Prozent ausgedrückt, ferner als Rückgang der Stahlproduktion von den gegenwärtigen 15 Mio. t (Niveau Großbritanniens) auf 10 bis 11 Mio. t. Im energetischen Programm handelt es sich um einen schrittweisen Prozeß der Einschränkung der Kohlenförderung (vor allem der Braunkohle), Verlangsamung des Aufbaus von Kernkraftwerken, Orientierung auf Erdgas, in erster Reihe jedoch um eine wesentliche Senkung der übermäßig hohen Energieintensität der gesamten Wirtschaft.

Es ist klar, daß „High-Tech“ in der ersten Phase, bis auf Ausnahmen, ohne ausländische Hilfe unerreichbar ist. Wenn man jedoch die Tradition und die existierende Ausstattung bedenkt, gibt es günstige Voraussetzungen für die Entwicklung des allgemeinen mechanischen Maschinenbaus, der traditionellen Zweige der Glas- und Porzellanindustrie, der Dienstleistungen für die Produktion und der individualisierten Erzeugung auf Bestellung überhaupt. Eine Möglichkeit der Betätigung in den traditionellen Zweigen der Hütten- und der chemischen Industrie be-

steht in der engeren Spezialisierung auf die Stahlproduktion hoher Qualität, auf bestimmte Teile der qualifizierten Chemie usw. Auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie sollte sich die künftige Produktion nicht mehr auf Standarderzeugnisse, sondern auf Produkte höherer Qualitätsstufen orientieren.

3. Offene Systemfragen des Übergangs zum Markt

Der Übergang zur Marktwirtschaft verläuft in den Ländern des ehemaligen Ostblocks mit unterschiedlicher Intensität. In Polen, Ungarn und in der ČSFR werden bereits heute in mancher Hinsicht übereinstimmende, consequent marktkonforme Prinzipien appliziert, oder es wird mit ihrer Einführung in der nächsten Zukunft gerechnet. In den übrigen europäischen ehemaligen RGW-Ländern befindet sich die Situation noch im Stadium der Klärung, der Ausarbeitung allgemeiner Programme, die mehrdeutig interpretiert werden können. Für die Übergangsperiode werden verschiedene Kombinationen der existierenden Formen der Leitung mit den Marktprinzipien usw. erwogen. Im Rahmen der zweiten Gruppe von Ländern existiert in der UdSSR eine besonders gespannte Situation, da es hier zu einem katastrophalen Zerfall der ökonomischen Verflechtungen der direktiven Planung kam, bevor überhaupt die elementaren Voraussetzungen für ihren Ersatz durch die Marktverflechtungen geschaffen wurden.

Das von der Gruppe um Schatalin ausgearbeitete Programm wurde nicht akzeptiert. Jedoch auch dieses Programm kann vom Standpunkt der Konsistenz und der wechselseitigen Verbindung der einzelnen Schritte, vor allem wegen des Aufschiebens der Frage der Preisänderungen, als sehr problematisch erscheinen. Das vom Präsidenten Gorbatschow persönlich vorgelegte Programm trägt den Charakter einer Orientierung, und die Form seiner Realisierung ist unklar. Inzwischen hat die Situation ein kritisches Stadium erreicht, und die volle Aufmerksamkeit mußte auf die Sicherung der elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung konzentriert werden.

An die politischen Umstürze, die bis Ende des Jahres 1989 verliefen, knüpfte das Jahr 1990 als ein Jahr der *Suche nach einem neuen Modell der Wirtschaftsbeziehungen* in allen europäischen Ländern des ehemaligen Ostblocks an. Die Praxis zeigte, daß die Probleme des Übergangs zur Marktwirtschaft komplizierter sind, als manche von uns anfänglich wähten. Die gilt auch für die relativ stabilen und konsolidierten Verhältnisse, wie sie in der ČSFR existieren. Dazu gesellten sich die schwierigen externen Einflüsse, der schnelle Zerfall des RGW-Marktes mit der Verletzung der existierenden Vertragsverpflichtungen und der Übergang zu Zahlungen in konvertibler Währung bei der Verrechnung des wechselseitigen Handels in Weltpreisen ab 1. Jänner 1991, die Einschränkung der Erdöllieferungen aus der UdSSR und schließlich auch das steile Wachstum der Erdölpreise und der Preise anderer Rohstoffe infolge der Krise im Persischen Golf.

Der für die Belebung der mittel- und osteuropäischen Ökonomien zur Überbrückung ihrer technischen und wirtschaftlichen Rückständigkeit notwendige Zufluß ausländischen Kapitals war in der Situation der Unsicherheit und der Klärung der Verhältnisse zu langsam und bezüglich der bestehenden Bedürfnisse völlig ungenügend. Eine spezifische Frage stellt die Vereinigung Deutschlands dar, wo die Lösung der Probleme auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, trotz der Unterschiedlichkeit der Bedingungen, manche Erkenntnisse liefern kann.

Die Meinungsunterschiede über die Form des Übergangs zur Marktwirtschaft haben *starke soziale Zusammenhänge*. Auf der theoretischen Ebene kann dieses Problem als Frage des „sozial orientierten Marktes“ mit Betonung des Attributs „sozial“ formuliert werden. In anderen Worten handelt es sich um die Rolle der Sozialpolitik des Staates. Weitere offene Probleme stellen die Beteiligung der Werktätigen an der Leitung der Produktion, Elemente der Selbstverwaltung in der Leitung, Frage der Koexistenz verschiedener Eigentumsformen usw. dar. Zur Klärung dieser Fragen könnten insbesondere die Erfahrungen der europäischen sozialdemokratischen Bewegung beitragen.

In der Praxis handelt es sich, was die erste Frage betrifft, um das sensible Finden des Maßes des Rückgangs des Lebensniveaus und der Rate der Arbeitslosigkeit, die man bei einem gesellschaftlichen Konsensus noch als sozial tragbar akzeptieren würde und die weder soziale Erschütterungen noch eine Lohn-Inflationsspirale zur Folge hätten.

Es ist begreiflich, daß nach dem Zusammenbruch des Systems der zentralen planmäßigen Leitung die führenden politischen Kräfte der Ostblockländer in der ersten Phase geneigt sind, die in manchen Fällen in einer sehr drastischen Form angewendeten Grundsätze der liberalen Ökonomie zu bejahen. Dies gilt in erster Linie für diejenigen Länder, die auf dem Wege zur Einführung des Marktes am meisten fortgeschritten sind – Polen, Ungarn, die ČSFR. Dabei verläuft auch in diesen Ländern der diametral entgegengesetzte Prozeß der Klärung der Meinungen, der Populismus faßt Wurzeln, es existiert ein Boden für soziale Demagogie. Insgesamt gewinnen jedoch in dieser unübersichtlichen Situation diejenigen Auffassungen an Stärke, die sagen, daß ohne ein energisches und relativ hartes Vorgehen der Übergang zur Marktwirtschaft unmöglich ist. Die Bevölkerung hat sich allzu sehr an die Einstellung „Staat, kümmer dich“ gewöhnt. Und gerade wegen dieser langen Tradition muß diese Einstellung berücksichtigt werden, damit die Reformschritte nicht die Unterstützung der Gesellschaft verlieren. Dessen werden sich in der letzten Zeit auch ihre Schöpfer bewußt. In dieser Hinsicht sind z. B. die Wahlergebnisse in Polen belehrend. Letzten Endes geht es um die in Mitteleuropa fest verankerten Zielwerte einer sozial gerechten Gesellschaft und um eine Verschiebung der Werte in Richtung Lebensqualität, wozu auch eine gesunde Umwelt zählt.

Doch jetzt wollen wir uns den konkreten Problemen widmen. Der Übergang von der zentralen direktiven Planung zur Marktwirtschaft stellt einen Übergang in eine völlig andere Welt dar. Der alte Koordinierungsmechanismus der Planbilanzen und Direktiven wird durch den

Marktmechanismus, in dem die auf Angebot und Nachfrage begründeten Preise die entscheidende Rolle spielen, ersetzt. Das Grundprinzip, das in die Reformschritte eingegliedert wird, heißt *Preisliberalisierung*. (Falls dieses Prinzip eingeschränkt wird – und vorübergehend wird ein gewisses Maß der Regulierung nicht ausgeschlossen, wie z. B. in der CSFR aus dem neuen Preisgesetz ersichtlich ist – wird diese Einschränkung seitens der westlichen Ökonomen als „marktunkonform“ kritisiert.) Ferner handelt es sich um das Öffnen der Wirtschaft dem Ausland gegenüber und um den Übergang zur konvertiblen Währung (die in der ersten Phase auf das Kontokorrent für inländische Residenten beschränkt wird, sich also nicht auf die Kapitalmärkte bezieht).

Da es sich beim Übergang zur Marktwirtschaft in Polen, Ungarn und in der CSFR um in mancher Hinsicht gemeinsame Grundprobleme handelt, sollen diese am Beispiel der CSFR konkret analysiert werden.

Wenn noch im vorigen Jahr die tschechoslowakischen Ökonomen die Möglichkeit eines schrittweisen Öffnens der Wirtschaft, die zeitweilige Koexistenz des freien und limitierten Wechselkurses und dgl. diskutierten, so hat, ähnlich wie in Polen, in diesen Diskussionen die „Schocktherapie“ oder die „big bang“-Theorie gesiegt. Die Preisliberalisierung und die „innere“ Konvertibilität traten in Übereinstimmung mit dem im September 1990 von der Federalversammlung angenommenen Szenarium der Regierung der CSFR am 1. Jänner 1991 in Kraft.

Bekanntlich hatte die CSFR für den Übergang zur Marktwirtschaft günstigere Startbedingungen als die übrigen Länder. Gemeinsam mit der DDR gehörte sie im Rahmen des RGW zu den Ländern mit dem höchsten Wirtschaftsniveau, auch wenn sich die Kluft zwischen ihr und den westeuropäischen Ländern vertiefte. (Vor dem Krieg und noch an der Wende der sechziger und siebziger Jahre befand sie sich auf annähernd dem gleichen ökonomischen Niveau wie Österreich; dieses kann nach der Parität der Kaufkraft heute auf ca. zwei Drittel geschätzt werden.)

Die Auslandsverschuldung der CSFR ist relativ niedrig. Die Bruttoverschuldung in freier Währung hat sich um 7 Mrd. US-Dollar bewegt. Noch in der Mitte des Jahres 1990 hatte die CSFR in der Devisenposition ein Aktivum, das infolge der Krise im Persischen Golf und der Nichterfüllung der vertraglich verankerten Erdöllieferungen aus der UdSSR gestört wurde.

Auf dem inneren Konsummarkt herrschte globales Gleichgewicht, und es existierten nur strukturelle Ungleichgewichte und Defizite. Der Lebensmittelmarkt war insgesamt ausgewogen. Die Ersparnisse der Bevölkerung wurden ökonomisch als angemessen bewertet, sie bildeten in der Vergangenheit kein „hot money“. Die offiziell ausgewiesene Inflation betrug im langfristigen Durchschnitt 1,5 bis 2 Prozent jährlich, einschließlich der verborgenen Inflation höchstens 5 Prozent. Infolge der aufgezwungenen Substitution – der Konsument mußte sich auf die verfügbare Ware statt darauf, was der Nachfrage entsprechen würde, orientieren – existierte jedoch die unterdrückte Inflation.

Der Überhang der Nachfrage war infolge des weichen Haushaltslimits der Betriebe auf dem Markt der Zwischenprodukte und Investitionen

sichtbar. Trotz aller Schwierigkeiten kam es hier jedoch nicht zu einem mit den benachbarten RGW-Ländern vergleichbaren Zerfall und der Verletzung der ökonomischen Verflechtungen.

Die günstigeren Voraussetzungen sind beim Übergang zum Markt gewissermaßen ein Nachteil, da die Bevölkerung nicht darauf vorbereitet ist, etwas von ihrem Lebensstandard zu opfern. Anfänglich waren das Vertrauen der Bevölkerung und ihre Unterstützung groß, allmählich gewann jedoch die Unsicherheit und das Angstgefühl die Oberhand. Leider sind im Laufe des Jahres 1990 auch manche oben erwähnten günstigen Voraussetzungen ungünstig geworden. Es handelt sich dabei sowohl um die Folge der äußeren Einflüsse als auch um die Folge der *Inflationserwartungen* der Bevölkerung und Betriebe vor der Einführung der Reform.

So fing zum Beispiel die gleiche Summe der Ersparnisse der Bevölkerung, die einschließlich des Bargelds 350 Mrd. CSK beträgt, infolge der Inflationserwartung sich in "hot money" zu verwandeln an. Es verbreitete sich ein Kauffieber, die Waren wurden ausverkauft, das Gleichgewicht auf dem Konsummarkt wurde verletzt. Die Sparquote sank jäh von den üblichen 4 bis 5 Prozent auf bloß 1,5 Prozent; etwa 1 Prozent machte offensichtlich die Übertragung auf Konten der Bevölkerung in freier Währung aus. Im Jahresdurchschnitt 1990 hat die Inflationsrate etwa 10 Prozent erreicht, bei einem Vergleich zum Jahresende mit dem Vorjahr kann es sich jedoch um das Doppelte handeln. Der negative reale Zinsfuß hat zur Behebung der Einlagen der Bevölkerung und ihrer „Dollarisierung“ sowie zum übermäßigen Warenankauf beigetragen.

Ähnlich negative Auswirkungen hatte die Erwartung der Inflation und Abwertung der Krone in der Betriebssphäre. Der Export wurde aufgehoben, der Import beschleunigt, Lieferungen für den Binnenhandel wurden gestoppt, die Produktionsvorräte häuften sich an. Aus diesen Gründen wurde die Devaluation der Krone auf 24 CSK/Dollar vorzeitig – bereits im Oktober 1990 – durchgeführt.

Die kritische Periode wird das erste Halbjahr 1991 werden, in dem der Überschwemmungseffekt der Preisliberalisierung und der Folgen der Abwertung mit einer Preiserhöhung in der ersten Phase bis um die Hälfte und nachfolgendem Rückgang im Durchschnitt auf 30 bis 35 Prozent der jährlichen Inflationsrate erwartet werden. Eine große Gefahr für die Inflationsbewegung der Preise bei ungenügender Konkurrenz stellt die Monopolstruktur des Marktes dar. Der stark devaluierte Kurs der tschechoslowakischen Krone verhindert die Konkurrenz des Imports, da er dazu beiträgt, auch die höchsten Kosten der minimal effektiven Exporteure mit einem Überschuß zu decken. In der ersten Phase – nach der Verteuerung der Inputs – kommt es zur starken Verschiebung der Ressourcen von den Importeuren zu den Exporteuren.

Der Wechselkurs weist in der ČSFR eine wesentliche Abweichung von der Parität der Kaufkraft auf. Noch Anfang des vorigen Jahres betrug, nach verschiedenen Berechnungen, die Kaufkraftparität der Krone für das Gesamtvolumen des Bruttoinlandprodukts etwa 6 bis 7 CSK/US-\$, für seinen Marktanteil 8 bis 10 CSK/US-\$. Ende 1990 war der Wechsel-

kurs 24 CSK/US-\$, der Touristenkurs über 30 CSK/US-\$. Ab 1. Januar 1991 gilt der vereinheitlichte Kurs 28 CSK/US-\$. Der ERDI-Koeffizient (Exchange Rate Deviation Index), d. h. der Überhang des Kurses über die Kaufkraftparität, hat daher die Größe von 3 bis 5 erreicht, eine Größe, die höher als in Entwicklungsländern wie Indien ist.

Die starke Abweichung des Wechselkurses von der Kaufkraftparität intensiviert unter der Voraussetzung einer in festen Grenzen gehaltenen Lohnentwicklung in bedeutendem Maße die Konkurrenzfähigkeit der tschechoslowakischen Wirtschaft, auch wenn nach dem Überschreiten einer bestimmten Grenze die Exportelastizität sinkt. Gleichzeitig hat jedoch die Abwertung eine ganze Reihe negativer Folgen.

Die größte Gefahr stellen die starken inflationären Impulse dar. Infolge der Inflation sinkt die Kaufkraftparität der Krone und nähert sich dem Wechselkurs. Die im vorigen Jahr durchgeführten Erhebungen haben gezeigt, daß sich die Toleranz der Bevölkerung in bezug auf den Rückgang der Reallöhne zwischen 10 bis 20 Prozent bewegte und mit der Zeit eher abnahm. In den von den Regierungsorganen ausgearbeiteten Szenarien wird mit einer Toleranz gerechnet, die keine Welle lohnmotivierter Streiks hervorrufen würde. Dabei geht es allerdings um eine bisher nicht ausprobierte Strategie. Die Gewerkschaften konstituieren sich erst und es gibt keinerlei Erfahrungen mit tripartären Verhandlungen. Die Stellungnahmen der „Arbeitgebervertreter“ fehlen oder decken sich mit denen der Arbeitnehmervertreter, da sich die Privatisierung erst im Anfangsstadium befindet. Es wird vorausgesetzt, daß die Lohnentwicklung hinter der Entwicklung der Inflation (mit einem Koeffizienten für die Lohnindexierung von 0,5) zurückbleiben wird.

Im vorigen Jahr gelang es relativ gut, die restriktive Fiskal- und Geldpolitik durchzusetzen, und dasselbe hat die Regierung auch für dieses Jahr vor. Der Staatshaushaltsplan weist ein Aktivum auf. Die Tätigkeit der Emissionsbank ist von der Tätigkeit der Kommerzbanken getrennt. Es wird eine restriktive Kreditpolitik angewendet. Der höchste Zinssatz bei der Kreditgewährung wurde Ende des Vorjahres auf 22,5 Prozent erhöht. Risiken für dieses Jahr existieren sowohl auf beiden Seiten des Staatshaushaltsplans als auch in Form eines Drucks zur Erhöhung der gewährten Kredite.

Eine höchst heikle Frage stellt die voraussichtliche Entwicklung der Arbeitslosigkeit dar. Die Autoren der Reform setzen voraus, daß nach den ersten Monaten des als Folge der Preisliberalisierung einsetzenden „Überschwemmungseffekts“ der Absatz an die begrenzte Nachfrage stößt und Anpassungsprozesse in den Betrieben hervorruft. Am Anfang der Anpassungsperiode wird die Arbeitslosigkeit offensichtlich eine stärkere Zunahme verzeichnen. Umstrukturierung der Produktion und Anpassung auf der Angebotsseite erfordern eine gewisse Zeit. Es wird geschätzt, daß die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 300.000 (4%) übersteigen wird, mit einem schrittweisen kurzfristigen Zuwachs gegen das Jahresende auf $\frac{1}{2}$ bis $\frac{3}{4}$ Mill. Personen, das heißt, von 6 bis 10 Prozent der Arbeitskräftezahl. Am Aufbau eines Rettungsnetzes wird erst gearbeitet. Die Möglichkeiten einer Resorption der Arbeitslosigkeit in

neuen Arbeitsgelegenheiten in der Dienstleistungssphäre, in kleinen und mittelgroßen Unternehmen sind regional stark differenziert. Die ersten Zeichen der zum großen Teil die neuen Schulabsolventen betreffenden Arbeitslosigkeit wurden bereits im Jahre 1990 beobachtet.

Es kann damit gerechnet werden, daß der Rückgang des Bruttoinlandsprodukts mindestens eine Höhe von rund 10 Prozent erreichen wird. Bei allen Schätzungen geht es allerdings nur um grobe Annäherungen. Eine Schlüsselfrage ist, ob es gelingt, den gleichgewichtigen Wechselkurs aufrechtzuerhalten und die Inflationserwartungen ohne eine wesentliche Erhöhung der ausländischen Verschuldung zum Stillstand zu bringen.

Die Reformschritte an sich helfen nicht, wenn sich das Verhalten der Produzenten nicht ändert, wenn sich die Angebotsseite nicht anpaßt und wenn es zu keiner Änderung in der realen Effektivität der Produktionsfaktoren kommt. Darin bestand offensichtlich die größte Schwäche der polnischen Reform. Eine der wichtigsten Voraussetzungen der erwünschten tiefergehenden Wandlungen ist die Privatisierung der Betriebe. Dabei geht es nicht um das Ziel an sich, wie es bei uns oft verstanden wird. Es geht um eine Privatisierung, die in einem höheren Maße zur Orientierung der künftigen Einkommensströme auf die Modernisierung, Innovation und Förderung der Produktionsaktivität führen würde. Die an der Jahreswende vorbereiteten Gesetze über die kleine und große Privatisierung stellen nur die erste, die juristische Basis dieser Prozesse schaffende Voraussetzung dar. Ihr Inhalt wurde intensiv diskutiert, vor allem gab es Einwände gegen die sogenannte Kuponprivatisierung, die das Eigentum der Staatsbetriebe unentgeltlich unter die Bevölkerung verteilt. Der Grund ist das Bestreben, so schnell wie möglich zu einer – wenn auch nur formellen – Lösung zu gelangen. Die zerstreuten Eigentümer können das Verhalten der Manager nicht beeinflussen. Nach dem Beschluß dieser Gesetze wird es sich vor allem um die Art und Weise ihrer Durchsetzung in der Praxis handeln. Gleichzeitig werden die ausländischen Investoren ihre Bedingungen mit größerer Klarheit sehen.

Eine durch die Eigentumsverhältnisse motivierte Intensivierung des Unternehmergeistes und der Initiative sollte auf allen Stufen der Leitung, für die erst geeignete, den neuen Bedingungen entsprechende Formen gesucht werden, mit einer höheren Leistungsfähigkeit verbunden werden.

Offen ist z. B. die Frage der Arbeitnehmeraktien, mit denen zwar das Privatisierungsgesetz nicht unmittelbar rechnet, sie jedoch auch nicht ausschließt. Schließlich hat es vor dem Krieg in der Tschechoslowakei selbst Batas Traditionen des privaten und unöffentlichen Eigentums gegeben, an die man in höherem Maße anknüpfen könnte.

Nicht endgültig gelöst ist die Schaffung eines funktionierenden Kapitalmarktes, der zu der so notwendigen Umstrukturierung der Produktion beitragen würde. In den vom Prognostischen Institut der ČSAV ausgearbeiteten Studien wurden Methoden vorgeschlagen, wie zu diesem Zweck die Privatisierung und der auf ihrer Grundlage gebildete Fonds des Nationaleigentums als eine, das Kapital durch die Vermittlung der

Banken umlenkende Gläubigerinstitution, zu nutzen sind. In diesem Fall würde es sich allerdings um keine unentgeltliche Übergabe des Eigentums der Staatsbetriebe, sondern um ihren schrittweisen Ausverkauf in Form von Abgaben in den erwähnten Fonds bis zur Rückzahlung des Wertes des Nettoeigentums in der Ausgangsperiode handeln. Wegen Zeitmangels konnten manche mit der Privatisierung verbundene Probleme nicht genügend durchdacht werden, und es kann passieren, daß übereilte Lösungen angenommen werden, die nachträglich noch korrigiert werden müssen.

Dieses Jahr ist in allen mittel- und osteuropäischen Ländern entscheidend für den Übergang zur Marktwirtschaft. Es wäre nur zu wünschen, daß der gesellschaftliche Konsensus erhalten bleibt, und daß dieser sehr schmerzliche, für die Schaffung der Grundlagen der künftigen Prosperität jedoch unerläßliche Prozeß ohne größere soziale Erschütterungen verläuft.

Anmerkungen

- 1 Die Umwelt der Tschechischen Republik, Academia Verlag Prag, 1990, S. 42–48.
- 2 Komárek, Valtr a kolektiv, Prognóza a program (Die Prognose und das Programm), Academia Verlag, Prag 1990, S. 64–65.

Tabelle 1**Energie- und Metallintensität des Outputs im RGW und in entwickelten Marktwirtschaften im Jahr 1985¹**
(in Tonnen pro Mio. US-\$ des BIP)

Land	Energieintensität	Metallintensität
Bulgarien	858	50
Ungarn	488	39
DDR	823	60
Polen	649	57
Rumänien	952	95
UdSSR	853	75
Tschechoslowakei	695	78
Insgesamt	818	69
Belgien	469	25
Frankreich	351	23
Japan	318	47
BRD	472	39
Niederlande	508	27
Österreich	370	22
Großbritannien	349	23
Schweden	394	30
USA	577	27
Insgesamt	484	31

1 Energieintensität wurde berechnet als Primärenergieinput in Tonnen spezifischen Treibstoffverbrauches; Metallintensität wurde gemessen am laufenden Stahlverbrauch. BIP in Verbraucherpreisparitäten

Quelle: Energy Statistic Yearbook 1985, New York, UN 1986; ebenso für 1981, 1982, 1984; OECD Observer 1987, No. 145; The Steel Market 1986, New York, UN 1987; Statisticheskij ezhegodnik stran – clenov SEV 1985, 1986, Moskau 1986, 1987.

Tabelle 2**Durchschnittliche jährliche Reduktion der Energie- und Metallintensität des Outputs¹ im RGW und in ausgewählten entwickelten Marktwirtschaften 1971-1985**

Land	Energieintensität	Metallintensität
Bulgarien	-2,5	-3,9
Ungarn	-1,0	-2,8
DDR	-3,0	k. A.
Polen	-0,2	-1,0
Rumänien	-3,3	-3,7
UdSSR	-0,8	-2,3
Tschechoslowakei	-2,0	-2,1
Insgesamt	-1,0	-2,2
Belgien	-2,8	-5,9
Frankreich	-1,9	-5,9
Japan	-2,8	-4,8
BRD	-1,4	-4,3
Niederlande	+0,1	-3,7
Österreich	-1,7	-5,9
Großbritannien	-1,8	-5,5
Schweden	-2,6	-4,8
USA	-2,6	-3,8
Insgesamt	-2,4	-4,3

1 Für den RGW wird das Volkseinkommen, für die entwickelten Marktwirtschaften das BIP herangezogen.

Quelle: siehe Tabelle 1